Tägliches
Cincinnatier Volksblatt

Briefe an das „Volksblatt" sind zu adressiren:
Cincinnatier Volksblatt, Box 226,
Cincinnati, Ohio.

Haupt-Office:
No. 127 Ost Siebente Straße.
Cincinnati, Ohio.
Geschäfts-Department....Telephon Canal 2024
Redaktion..... Canal 2045

Zweig-Offices:
Covington, Ky., Peoples Sav. Bank & Trust Co.-Gebäude, 7 West 6. Str.—Tel. South 3254.
Newport, Ky., 339 York Str.—Tel. South 2401.
Hamilton, 449 S. 5. Str.—Tel. Bell 476-R.

Oestlicher und westlicher Vertreter:
Howard C. Story
New York — 1108 Fifth Avenue.
Chicago — 664 Peoples Gas Building.
Philadelphia — 924 Arch Straße.

Dienstag, den 6. Juni 1916.

Die Briten rechnen mit unbekannten Größen. Sie berichten von der Versenkung deutscher Schiffe, betreffs Derer Niemand gewußt hat, daß sie überhaupt existiren.

Wenn die Engländer darauf bestehen, daß die deutsche Seemacht vernichtet ist, so mögen sie doch einmal nach der deutschen Küste herüberkommen. Das werden sie aber sorglichst unterlassen.

Die regulären Republikaner verlangen, daß Roosevelt zurücktritt, dann wollen sie zusammen mit den Anhängern Roosevelts Hughes kalt stellen und irgend einen der westlichen Kandidaten nominiren. Das wäre ohne Frage die beste Erledigung. Mit einem solchen Kandidaten brauchten die Republikaner sich wegen der Wahl nicht die mindesten Sorgen zu machen, wenn wir aus bereitwilligst zugestehen wollen, daß auch Hughes keine Schwierigkeit hätte, den Sieg davonzutragen.

Die Deutschen haben unmittelbar nach Beendigung der Seeschlacht genau angegeben, welche großen englischen Schiffe versenkt und welche beschädigt worden sind. Die Engländer haben zu Anfang ebenfalls genau angegeben, welche deutschen Schiffe versenkt und beschädigt worden sind, aber vier Tage später berichten sie von weiteren zerstörten Schiffen. Das ist doch offenbar nichts als eine Erfindung, denn was sie am ersten Tage nicht gewußt haben, können sie am vierten Tage nicht wissen.

Die amerikanischen Publizisten beweisen mit der größten Klarheit, daß die Berufung Englands auf das Verhalten der Ver. Staaten im Rebellionskriege dessen Unterbindung des amerikanischen neutralen Handels nicht rechtfertigt. Unser Oberbundesgericht hat entschieden, daß ein Schiff, auch wenn es sich auf dem Wege nach einem neutralen Hafen befindet, gekapert werden kann, sobald unwerkennbar ist, daß es die amerikanische Blockade zu durchbrechen beabsichtigt. Diese Entscheidung ist für England nicht anwendbar, weil es keine Blockade unterhält. Das hat auch der Präsident selber gesagt, aber deswegen setzt England seine Vergewaltigung unseres Handels ungestört fort. Als Entschuldigung gibt der Präsident an, er könne England nur durch eine Kriegserklärung beikommen und davor wolle er die amerikanische Nation bewahren. Das ist doch greiflich unwahr. Wir können England ohne Krieg zwingen, unsere neutralen Rechte zu achten, indem wir seinen Schiffen unsere Häfen versperren. Die Wahrheit ist, daß der Präsident nichts thun will, um die Rechte und die Ehre unseres Landes zu vertheidigen.

Botschafter Gerard hat sich während seines Aufenthaltes in Berlin den Hofstyl gut angeeignet, indem er von den menschlichen Empfindungen des Präsidenten spricht und wie er sie durch Thaten zum Ausdruck gebracht. In diesem Lande haben wir aber nichts davon gemerkt. Er hat den Alliirten, die bekanntlich nicht den Frieden pflegen, die Zufuhr von Kriegsmaterial im weitesten Umfange gestattet und ihnen sogar Geld zukommen lassen, daß sie dasselbe kaufen konnten, und wenn sie noch für eine Anzahl Hunderte Millionen mehr Kriegsmaterial brauchen, wird er es ihnen auch zuschicken lassen und ihnen wieder Geld beschaffen, wenn es nöthig ist. Es stand in seiner Macht, den Krieg zu Ende zu bringen, indem er die Engländer zwang, die neutralen Rechte der Ver. Staaten zu achten, aber er gestattet ihnen weiter die schändlichsten Vergewaltigungen, damit sie nicht aufhören, Kriegsmaterial zu kaufen. Da man nach seiner kaufmännischen Auffassung die Kunden beschützen muß, hat er Deutschland die Anwendung der Waffen gegen seine Feinde verboten und als dieses damit nicht einverstanden war, drohte der sanfte Friedensengel mit Krieg. Nur in einem Punkte, der aber mit Wilsons Friedensliebe nichts gemein hat, können wir Gerard beistimmen, wenn er sagt, daß militärische Ereignisse der kommenden Wochen den Friedensgedanken erzwingen werden. Gerard sieht voraus, was Jeder sehen kann, daß die Franzosen Verdun räumen müssen und daß dann die Alliirten jeden weiteren Kampf für aussichtslos halten und sich zum Frieden bequemen werden.

Roosevelt hat seinen Kampf um die Nomination und Erwählung auf Deutschenhaß gestellt. Das ist eingestandenermaßen sein ganzes Programm. Mit diesem Programm will er auch seinen gefährlichsten Mitbewerber, Richter Hughes, umbringen. Zu diesem Behufe hat er eine Erklärung erlassen, welche lautet, daß Hughes über alle Fragen des Wahlkampfes Stillschweigen beobachten könne, jedoch nicht über die Frage, ob er zugebe, daß der Deutsch-Amerikanische Nationalbund die republikanische Nationalkonvention zwingen könne, einen Kandidaten aufzustellen, der dem deutschen Kaiser genehm ist. Verweigere Hughes die Antwort auf diese Frage, so sei das ein vollgiltiger Beweis, daß er der Kandidat des Deutsch-Amerikanischen Nationalbundes ist. Daß Roosevelt eine solche Frage stellt und besonders die Weise wie er sie stellt läßt ersehen, daß er seinem alten Karakter treu geblieben ist, seine Gegner mit Lügen zu bekämpfen. Der genannte Bund hat sich für keinen Kandidaten erklärt, jeder Kandidat ist ihm recht, der nicht die verschiedenen Klassen der Bürgerschaft zum Hasse aufreizt. Wenn Roosevelt glaubt, daß er den Deutschen nicht angenehm ist, so hat er alle Ursache dazu, denn er hat den Nationalitätenhaß zum leitenden Prinzip erhoben. Im Uebrigen steht nichts im Wege, daß Hughes die Frage, die Roosevelt stellt, klar und bestimmt dahin beantwortet, daß er weder der Kandidat des Deutsch-Amerikanischen Nationalbundes, noch irgend einer Klasse von Bürgern sei, sondern der Kandidat des ganzen amerikanischen Volkes. Mit dieser Antwort würden die Deutschen vollkommen zufrieden sein und Roosevelt wäre damit auf den Sand gesetzt. Sollte Hughes der Ansicht sein, daß es keinen Zweck hat, einen Todten todtzuschlagen und vorziehen, die Frage unbeachtet zu lassen, so würde das ebenfalls vollkommen richtig sein, denn wenn Roosevelt es auch nicht weiß, so ist es doch der ganzen Welt bekannt, daß seine politische Rolle beendet ist. Es ist kein bloßes Gerücht, welches die Bewerbung Roosevelts als aussichtslos hinstellt, sondern der Ausdruck einer festen Ueberzeugung der Delegaten, die ein praktisches politisches Verständniß besitzen. Sie wissen, daß Roosevelt die Partei nicht einigen kann, da Millionen von Stimmgebern ihm seine geflissentliche Zertrümmerung der Partei im Jahre 1912 nicht vergessen können. Ebenso ist ihnen nicht verborgen, daß die großen Massen schon längst alles Vertrauen zu ihm verloren haben, seitdem sie beobachten, daß er einen Freundschaftsbund mit dem Großkapital geschlossen hat. Ganz speziell irrt sich Roosevelt, wenn er glaubt, mit dem Deutschenhaß politische Geschäfte machen zu können, da die Politiker ihn nicht zum Mindesten gerade aus diesem Grunde als Führer der Partei geradezu gefährlich erachten. In einer ganzen Anzahl westlicher Staaten wird das Elektoral-Votum von den Deutschen entschieden und die praktischen Kenner der Politik begreifen, daß sie geradezu Selbstmord begehen, wenn sie einen Mann als Präsidentschafts-Kandidaten aufstellen würden, der den Haß gegen das Deutschthum geflissentlich nährt und predigt, um auf solche Weise demokratische Stimmen zu gewinnen, die er nicht erhalten kann, weil der demokratische Kandidat den Stimmenfang mit den gleichen Mitteln betreibt. Roosevelt hat den Politikern imponirt, so lange er Präsident war, weil er damals die Macht besaß. Jetzt ist sie ihm nicht blos entschlüpft, sondern er hat alles Ansehen, das er besessen eingebüßt. In Folge dessen ist den Führern der Partei Roosevelts Groll sehr gleichgiltig. Sie wissen, daß er thatsächlich der schwächste von allen Kandidaten ist und daß sie mit jedem anderen, außer mit ihm und Root, siegen können.

Die Bedeutung der Progressiven.

Roosevelts Plan ist offenbar, die Nomination zu erlangen, wenn das irgendwie möglich ist. Wenn er das nicht durchführen kann, will er Hughes unterstützen unter der Bedingung, daß er die Platform annimmt, wie Roosevelt sie ihm diktirt. Wenn das nicht geschieht, dann verlangt Roosevelt die Nomination und droht mit der Unterstützung Wilsons, wenn sie ihm nicht zufällt. Eine solche Kampfes-Methode ist nur bei Denen üblich, die den Willen, aber nicht die Macht zum Siege besitzen und die durch Einschüchterung zu erreichen versuchen, was sie vermöge ihrer Zahl nicht erzwingen können, denn das Grundprinzip des Rooseveltschen Manövers ist nichts weiter als ein Verblüffungsversuch.

Im Jahre 1912 war Roosevelt bedeutend stärker, als seine Gegner. Aber in den vier Jahren sind die regulären Republikaner in solcher Weise gewachsen, daß die Progressiven alle Bedeutung verloren haben. Bewiesen wird das durch die beständige Siegeslaufbahn der Republikaner seit 1912. Den Anfang machten die Munizipalwahlen in den großen Städten, in welchen die Republikaner ausnahmslos siegten, ohne sich weiter um die Progressiven zu kümmern. In den Kongreßwahlen von 1914 verschwanden die Progressiven bis zur Unsichtbarkeit, ebenso in den Staatswahlen, in welchen nur republikanische Gouverneure gewählt wurden. Die Führer bleiben noch im Felde, vornehmlich Roosevelt, aber die Soldaten gingen ins alte Lager zurück. Was jetzt hinter Roosevelt steht, ist die Kriegskasse der Trust-Magnaten und seine kolossale Unverschämtheit. Mit Letzterer will er die Nomination und die Platform diktiren, obwohl er noch nicht über ein Fünftel der Delegaten in der Konvention verfügt. Seinen Gegnern ist es ein Leichtes, über ihn hinwegzugehen und es ist offenbar, daß Roosevelt auf der anderen, unendlich stärkeren Seite nur Gegner hat. Es ist nicht eine einzige Gruppe vorhanden, die Willens wäre, sich ihm anzuschließen. Die Hughes Faktion lehnt ihn entschieden ab. Die Delegaten aus dem Westen weisen ihn ebenso entschieden zurück. Während es als sicher gelten kann, daß die Delegaten aus dem Westen für Hughes stimmen und daß die Anhänger des Richters Hughes irgend einen Kandidaten aus dem Westen unterstützen werden, ist für Roosevelt keine Unterstützung von irgend einer Seite ersichtlich. Sein einziger Bundesgenosse ist sein Selbstbewußtsein, das er stets im Ueberfluß besessen hat, aber die Macht, welche ihm einst zum Erfolge verhalf, ist dahin. Als er im Jahre 1908 nominirt wurde, hatte er das Präsidentenamt hinter sich, was bekanntlich allen Präsidenten die Macht verleiht, sich selbst zu nominiren, wie es jetzt auch mit Wilson geschieht. Ohne Patronage, wie gegenwärtig, ist er nicht blos nicht mehr als ein Anderer, sondern noch bedeutend weniger, denn außer Root, der ja gar nicht in Betracht kommt, hat Niemand so viele Feinde in seiner Partei und im Volke, wie er. Nicht blos einzelne Individuen sind gegen ihn, sondern auch ganze Bevölkerungsschichten. Diese Schwäche kann er mit seinem diktatorischen Geist nicht verbergen und sie ist auch den praktischen Politikern auf der Konvention zur Genüge bekannt.

Vollends verfehlt ist die Drohung mit dem Abfall von der Partei, wenn die Konvention sich den Befehlen Roosevelts nicht fügt. Wie wir bereits gesagt, hat Roosevelt keinen Anhang mehr. Dieser hat sich längst zur republikanischen Partei zurückbegeben, nachdem so deutlich ersichtlich war, daß bei den Progressiven nichts mehr zu holen ist. Im Feld geblieben sind blos noch eine Anzahl Politiker, die, wie Roosevelt, auf Aemter warten. Aber selbst diesen kommt es nicht in den Sinn, auf Befehl Roosevelts zu stimmen, weil sie wissen, daß sie hierdurch für immer alle Brücken hinter sich abbrennen. Dann unterliegt es nicht dem mindesten Zweifel, daß eine Aufforderung Roosevelts, für Wilson zu stimmen, die Wirkung haben würde, alle Deutschen, wie einen Mann für den Kandidaten zu gewinnen, den Roosevelt bekämpft, denn in den Augen der Deutschen kann es keine bessere Empfehlung für einen republikanischen Präsidentschafts-Kandidaten geben, als daß er Roosevelt zum Feinde hat. Dann haben sie die beste Garantie, die sie sich wünschen können, daß der von Roosevelt befehdete Kandidat ein wahrer Amerikaner und kein Probrite ist. Auf Grund dieser Thatsachen, die den republikanischen Politikern vollauf bekannt sind, werden sie sich bestimmt nicht von Roosevelt ins Bockshorn jagen lassen.

Sorgen der Schweiz.

I.

Auch die Schweiz geht gegenwärtig durch schwere Stunden. Die große europäische Welt ringsum, ganz von der blutigen Tragödie des Kriegstheaters in Athem gehalten, hat von dem stilleren Drama, das auf dem Nebenschauplatz in unseren Bergen sich abspielt, nur eine oder die andere, mehr äußerliche Szene bemerkt. Aber die Schweiz war im Innern seit Jahren nicht so erregt und aufgewühlt wie jetzt; zwischen Entrüstung und Scham, zwischen Bestürzung und Besorgniß, Schrecken und Schmerz gibt es kaum ein Gefühl, das heute nicht die Herzen der Schweizer bewegte. Man weiß, daß einige „Affairen" ihr Theil zu der allgemeinen Erregung des Volkes beigetragen haben, und mit allen Mitteln einer unbedenklichen Rhetorik aufgebauscht, mag eine dieser Angelegenheiten aufreizend auch in die Lausanner Ausschreitungen ein wenig hineingespielt haben. Im Grunde aber sind alle diese Affairen, Beunruhigungen und Erregtheiten doch nur Symptome, Anzeichen einer nationalen Noth, deren Wurzeln nicht im Heute und Gestern liegen, die vielmehr unter der grausamen Scheinwerferbeleuchtung dieser Kriegszeiten jetzt nur wie von konzentrirten Strahlenbündeln plötzlich ans Licht gezerrt erscheint.

Man ist leicht versucht, die schweizerische Eidgenossenschaft als eine Art Musterstaat hinzustellen, der gerade nach dem Kriege vielleicht auch größeren Staatsverbänden und dermaleinst wohl gar den „Vereinigten Staaten von Europa" zum Vorbild dienen könnte. Die Schweiz hört das nicht ungerne und hat ja wirklich allen Grund, stolz darauf zu sein, daß sie drei oder vier verschiedensprachige Volksstämme auf ihrem Boden zu freier, kulturell hochentwickelter staatlicher Gemeinschaft vereinigt, ohne das Eigenleben des einen oder anderen Theils im geringsten zu unterdrücken. Aber dieser merkwürdige kleine Staat — dessen ist sich heute jeder politisch denkende Schweizer bewußt geworden — hat doch jetzt erst seine schwerste Probe zu bestehen. Nicht nur verlangt, wie in anderen Ländern, das Verhältniß von Demokratie und Staat auch in der Schweizer Föderativ-Republik, dieser Wiege der Demokratie, eine neue Klärung; schärfer als seit Langem drängt auch der Gegensatz von Deutsch und Welsch zum Ausgleich. Mit einiger Rathlosigkeit stehen heute die Schweizer vor dem „Graben" zwischen Ost und West; die einen meinen, er sei ja nicht tief und legen mit leichter Hand einen Steg darüber, der freilich nur gerade so tragkräftig wie der Federhalter ist, mit dem sie in wohlgemeinten Sonntagsartikeln alle Gegensätze überbrücken; die anderen hoffen, mit der Zeit doch den Graben ausfüllen zu können und gerade auf diesem Grunde erst den Tempel einer vermittelnden und vereinigenden schweizerischen Kultur zu errichten; wieder andere sind der Ansicht, man brauche nicht unbedingt über den Graben hinüber und könne wenigstens seine tiefste Stelle umgehen, um sich an einem dritten, leichter zugänglichen Orte von beiden Seiten entgegenzukommen und zu treffen. Daß ein Graben, daß Gegensätze da sind, bestreitet heute eigentlich Niemand; man hat gelernt, den Thatsachen fest ins Auge zu sehen, und das ist am Ende kein Unglück.

Der Fremde, sei er Deutscher oder Franzose, kann leicht in die Versuchung und jedenfalls in den Verdacht gerathen, den Gegensatz zwischen Deutsch und Welsch in der Schweiz zu überschätzen; man verläßt sich da besser auf das Urtheil der Schweizer selbst. Nur eine Stimme aus Hunderten! Ein „alter Schweizermann" klagte jüngst in der „Neuen Zürcher Zeitung": „Jeder Welschschweizer kann unbehelligt und freundlich aufgenommen die ganze Schweiz durchwandern; muß man sich nicht schämen für die höhnenden Worte und Zurufe, die dem deutschredenden guten Schweizer, selbst dem Vaterlandsvertheidiger, entgegentönen, wenn er die Gegenden unseres Juru betritt? Unsere Welschen lassen zu viel nur sich selbst und ihr rasches Temperament bei sich zu Worte kommen und verschließen sich je dem guten Eidgenossen der die Dinge aus anderem Gesichtspunkte betrachtet als sie. In die Städte der deutschen Schweiz rufen wir unsere geistreichen und patriotischen welschen Gelehrten zu Vorträgen und Konferenzen und freuen uns, durch sie hingeführt zu werden zum Verständniß des Denkens unserer Bundesbrüder. Geschieht außer einigen guten Bestrebungen der „Neuen Helvetischen Gesellschaft" auch nur irgend etwas dieser Art bei unseren welschen Freunden? Wir müssen uns wieder besser kennen lernen; dann verstehen wir uns auch." Man sieht der „Graben" ist tief und die Brücke des Verständnisses wird unvollendet bleiben, solange die Westschweizer nicht auch von ihrer Seite ehrlich und nach Kräften daran zu bauen sich bemühen. Besitzt aber die romanische Rasse überhaupt die Fähigkeit, die allen deutschen Stämmen in überreichem Maße zu eigen ist, in andere Kulturen sich einzufühlen? Man beginnt heute in der deutschen Schweiz hier und da kräftig daran zu zweifeln und will darum an die Möglichkeit einer wirklichen Kulturgemeinschaft aller Schweizer, gewissermaßen einer Synthese der deutschen, der französischen und der italienischen Kultur, nicht mehr recht glauben. Die Westschweizer schwören seit dem Kriege lauter als je auf die französische Kultur; ein Theil der Tessiner bekundet wohl gut eidgenössische Gesinnung, andere dagegen liebäugeln umso unbedenklicher mit Italien, und die Deutschschweizer, die ihres Kulturzusammenhanges sich bewußt sind, wehren sich auch ihrerseits mehr und mehr dagegen, ihn zu verleugnen und von der allgemeinen deutschen Kultur abzurücken. Wiederholt ist ja diese Forderung an sie gestellt worden, aber erst kürzlich hat die neugegründete „Deutschschweizerische Gesellschaft" in Basel sie deutlich abgelehnt. Gerade im Rahmen dieser Gesellschaft übrigens hat in einer Programmrede von grundsätzlicher Bedeutung der Sohn des Keller-Biographen Jakob Bächtold, Professor Hermann Bächtold, auch den Punkt aufgezeigt, um den allein die widerstrebenden Kräfte der schweizerischen Eidgenossenschaft heute sich kristallisiren können. Die Frage, wie die Fäden zwischen Deutschschweizern und Welschen enger geknüpft werden können, meint Bächtold, muß umgewandelt werden in die andere: Wie kann das Verhältniß des Einzelnen zum Staate enger gestaltet werden? Die Kraftlinien müssen nicht von einem Bevölkerungstheil zum anderen, sondern von jedem zum gemeinsamen Staate laufen. Weil der Schweiz die völkische Einheit fehlt, weil sie auch durch äußere Machtpolitik nicht zusammengeschweißt wird, muß das Pflichtbewußtsein des Schweizers gegenüber dem Staate um so stärker sein.

Hier liegt in der That der Kern der Fragen, die gegenwärtig die Schweiz bewegen, und der Widerspruch zwischen dem Staat und dem Einzelnen, zwischen Staat und Freiheit, läuft bei den Eidgenossen nur deshalb ungefähr auf den alten Gegensatz zwischen Deutsch und Welsch hinaus, weil die Staatsauffassung der beiden Volksstämme eben eine grundverschiedene ist. Beides, Rassengegensatz und Verschiedenheit der Staatsauffassung, schlingt sich heute in den inneren Kämpfen der Schweiz fast unentwirrbar durcheinander. Die Westschweiz besonders ist sich kaum über die Triebfedern ihrer Politik klar; sie giebt vor, das Ueberwiegen staatlicher Gewalten zu bekämpfen, und meint im Grunde das Deutschthum; sie sagt Freiheit oder Demokratie und meint das Franzosenthum, und selbst wenn sie wirklich nur für die Demokratie zu kämpfen glaubt, so ist es eine mißverstandene, doktrinäre Demokratie, die ihre Grundsätze auf die Spitze treibt, anstatt den Forderungen der lebendigen Gegenwart und den dringenden Bedürfnissen des Volkes Genüge zu leisten.

II.

Lauter als je seit Kriegsbeginn dröhnt heute aus dem Elsaß das dumpfe Rollen der Riesenkanonen bis tief ins Schweizer Land herüber. Wie um die ganze groteske Verranntheit ihrer wirklichkeitsfremden, unsachlichen Programm- und Parteipolitik zu illustriren, fordern gerade in diesem ernsten Augenblick, wo das Heer der Eidgenossenschaft mit gespannten Muskeln die Wacht an der Grenze hält, Welsche und Sozialisten im Verein die Wiederherstellung des Friedenszustandes, das heißt die völlige Unterordnung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt, die Absetzung des Generals, des Oberbefehlshabers, der in der Schweiz ja nur für den Kriegsfall oder die Zeit der Kriegsgefahr gewählt wird, und die Auflösung oder Neubildung des Generalstabs. Sie verlangen Rechenschaft von der „ganzen militärischen Kamarilla" — Rechenschaft wofür, das ist ihnen selber nicht ganz klar. Dafür vielleicht, daß die Schweizer Armee bis jetzt das Land so glücklich vor einem Uebergreifen des Kriegsbrandes über die Grenzen der Eidgenossenschaft bewahrt hat? Man mag schließlich die radikalen und unentwegt internationalen Sozialisten noch halbwegs verstehen, die sich hier, in einem vom Kriege nicht unmittelbar bedrohten Lande, den Luxus ihres Antimilitarismus noch glauben leisten zu können und also die augenblickliche, durch aufgebauschte Affairen erregte und gereizte Stimmung für ihre Parteizwecke kräftig auszunutzen sich bemühen; man muß ihnen immerhin lassen, daß ihre Politik zwar skrupellos, doch einigermaßen ehrlich ist und sie nicht bloß Deutschthum und Franzosenthum im Auge haben, wenn sie gegen den „Militarismus" und für die Demokratie kämpfen. Manchen Welschschweizer aber wird man leicht mit der Frage in Verlegenheit bringen, ob er heute ebenso eifrig die „Militärdiktatur" verdammen würde, wenn der für die Zeit dieses Krieges gewählte General der — Kandidat der Westschweiz und der Generalstabschef nicht ein Deutschschweizer wäre. Für den Kenner der Verhältnisse ist es dabei kein Geheimniß, daß eine Besetzung der beiden leitenden Stellen der Armee mit westschweizerischen Generalstabsoffizieren am „System" kaum etwas ändern würde, denn auch diese sind, mögen sie vielleicht andere persönliche Sympathien haben, nun einmal doch so aufrichtige Verehrer deutscher militärischer Zucht wie nur irgend einer. Gerade den „preußischen Korporalismus" im Schweizer Milizheere aber glauben die welschen Schlagwortpolitiker mitsammt einigen internationalen Sozialisten immer noch bekämpfen zu sollen, obgleich sie seine gegen eine Welt von Feinden bewährte Ueberlegenheit nicht gut mehr ableugnen können.

Gewiß ist die militärische Organisation eines Volkes nicht ohne weiteres auf ein anderes, wenn auch größtentheils stammverwandtes Land, deuz mit wesentlich verschiedenen politischen Grundanschauungen und Lebensformen, zu übertragen. Aber ein republikanisches Milizheer so wenig wie sonst eines wird ohne das Höchstmaß strikter Disziplin sich im Ernstfalle schlagfertig erweisen. Disziplin und Demokratie, richtig verstanden, ergänzen sich ja auch weit eher, als daß sie sich widersprechen; sie sind nur in einem Lande, wo jedermann von altersher das Recht zum Mitsprechen hat und oft auch die Fähigkeit des Besserwissens zu haben glaubt, schwerer als anderswo unter einen Hut zu bringen, und die militärische Erziehung eines Volkes, wie der Schweizer Eidgenossen erfordert eine starke, doch zugleich behutsame und vor allem eine sehr glückliche Hand. Es wäre ein Wunder, wenn in diesen anderhalb Kriegsjahren, die plötzlich auch der Schweiz die Pflicht auferlegten, ihr Heer kriegsbereit zu machen, alles ohne Reibungen, ohne Schärfen und Härten abgegangen wäre, wenn nicht hier und da die Extreme der Schlamperei und der Schneidigkeit zusammengestoßen wären und sich erst hätten ausgleichen müssen, ehe überall der rechte Mittelweg echter Mannszucht gefunden wurde. Heute wird schon ein flüchtiger Eindruck vom Schweizer Heere dem Beobachter sagen, daß Offiziere und Mannschaften an Vorzüglichkeit und Tüchtigkeit mit einander wetteifern, ein Volk in Waffen, das die etwa bestehenden Gegensätze zwischen demokratischer Republik und militärischer Disziplin glücklich und völlig überwunden hat.

Das Hauptverdienst an dem schönen Erfolg der schweizerischen Militärreform gebührt, wie man weiß, dem General Wille. Und doch richten sich in den gegenwärtigen politischen Kämpfen gegen ihn persönlich zahlreiche Angriffe. Welsche und Sozialisten sehen den Mann in ihm, der den „preußischen Drill" in die Schweizer Armee einführen wolle, und haben ihm besonders einen Erlaß übelgenommen, worin er sozusagen einmal mit der Faust auf den Tisch schlug und sich mit Ausdrücken von lutherischer Derbheit gegen eine falsche Auslegung des Beschwerderechtes wandte. Man mag zugeben, daß etwa ein Wort wie „Kerle" in einem Erlaß auf dem Papier anders wirkt als, mit dem Unterton kräftigen Soldatenhumors gesprochen, im Munde des Vorgesetzten selbst; man hatte aber nicht den geringsten Grund, von einer Mißachtung des Beschwerderechts zu reden, wo gerade der General eine Handhabung des soldatischen Beschwerderechts in vorbildlich demokratischem Geiste angeordnet hat. „Sofern eine Beschwerde nicht einer unsoldatischen oder gar gemeinen Denkweise entspringt, sondern dem Ehrgefühl eines Mannes, der überzeugt ist, seine Pflicht erfüllt zu haben, so ist die Einreichung der Beschwerde grundsätzlich als berechtigt anzuerkennen, auch wenn der Beschwerdegrund sich nachträglich als irrthümlich oder wenig schwerwiegend erweist", heißt es in den betreffenden Anweisungen des Generals über die Handhabung des Beschwerderechts, die ausdrücklich den Mannschaften, Offizieren und Unteroffizieren einschärfen, „daß sie zur Beschwerde verpflichtet sind, wo es sich um die Wahrung der persönlichen Ehre als pflichtgetreuer Soldat handelt." Man muß schon andere Absichten als den Kampf gegen die Demokratie im Schilde führen, um daraus Anzeichen einer militärischen Autokratie oder irgend eines „Korporalismus" herauszulesen.

Man hat auch die Maske des neutralen Patrioten nicht lange, ohne erkannt zu werden, zur Schau tragen können, als man die Stellung gerade des Mannes, der durch die Schaffung der Militärorganisation vom Jahre 1907 der Schweiz erst die wirksame Aufrechterhaltung der heutigen bewaffneten Neutralität ermöglicht hat, des Generalstabschefs, Sprecher v. Bernegg, geflissentlich zu untergraben suchte, weil zwei Generalstabsoffiziere formeller Neutralitätsverstöße beschuldigt waren. Die auffallende Thatsache, daß die ersten Angriffe gegen den schweizerischen Generalstabschef über Paris, aus dem „Temps" kamen, und daß überhaupt die Pariser Blätter sich nicht genug thun konnten, immer neue Schweizer „Skandale" zu erfinden, mußte stutzig machen, und manchem drängte sich bei alledem und in Erinnerung an ein Stück trauriger eidgenössischer Vergangenheit der Name jenes Waadtländers Friedrich Cäsar Laharpe auf die Lippen, der Anno 1797 und 98 den Einbruch der Franzosen in die Waadt und damit den Untergang der alten Eidgenossenschaft so eifrig vorbereitet und unterstützt hat. Das Schweizer Volk aber fand für das heutige gefährliche Ueberfranzosenthum gewisser waadtländischer Politiker ein gutmüthiges Scherzwort, das jetzt im Lande von Mund zu Mund geht: „Die Franzosen möchten gern Frieden machen, aber die Waadtländer wollen nicht."

(Frankfurter Zeitung.)

Haben die Chinesen Amerika entdeckt?

Als Christoph Columbus, Ferdinand Cortez, Balboa und die anderen spanischen Konquistadoren den Boden Amerikas betraten, fanden sie den neuen Welttheil keineswegs nur von nackten Wilden bewohnt. In manchen Gebieten begegneten die Eroberer alten Kulturen, die ihren Eindruck auf die Vertreter der Alten Welt nicht verfehlten. Aber das Räthsel des Ursprungs dieser amerikanischen, präcolumbianischen Kultur, ist bis zum heutigen Tage noch nicht gelöst; trotz eingehenden Forschungen ist man sich noch keineswegs klar darüber, ob es sich dabei um eine Kultur handelt, die organisch auf dem Boden der Neuen Welt gewachsen oder aus der Alten Welt überpflanzt ist. Namentlich amerikanische Forscher haben das ganze, weite Gebiet von der Nordwestküste Amerikas, wo die primitiven Thlinkit ihren Sitz hatten, bis zum Reiche der Azteken in Mexiko, bis ins Gebiet der zentralamerikanischen Mayakultur und bis zum Inkareich in den Anden eingehend untersucht und sind zu dem Schlusse gekommen, daß es sich bei allen diesen Kulturstufen um autochtone Entwicklungsstufen handelte. Andere Gelehrte nennen diesen Standpunkt freilich eine anthropologische Monroedoktrin und bemühen sich eifrig, den Ursprung der höheren amerikanischen Kulturen prä-columbianischer Zeit in anderen Welttheilen zu finden. Im allgemeinen sucht man diesen Ursprung jetzt nicht mehr jenseits des Atlantischen, sondern jenseits des Stillen Ozeans. Nicht mehr die Phönizier — die Chinesen sollen angeblich die Kultur des fernen Orients nach der Neuen Welt geführt haben. Von vielen Seiten sind denn auch bemerkenswerthe Bindeglieder zwischen den Kulturen der West- und der Ostseite des Stillen Meeres nachgewiesen worden; so hat man bei Indianerstämmen am Amazonenstrom die gleichen Märchenmotive gefunden, die auch in Hinterindien heimisch sind, um nur ein Beispiel zu erwähnen.

Die Uebereinstimmung, die verschiedene Forscher zwischen der Verfassung des Inkareiches und des altchinesischen Reiches gefunden haben, wirkt ebenso überraschend wie die Aehnlichkeit der bei Ausgrabungen gemachten Funde. Man hat sogar behauptet Gegenstände chinesischen Ursprungs in alten mexikanischen Gräbern angetroffen zu haben; aber diese Behauptungen entbehren noch der wissenschaftlichen Bestätigung. Neuerdings hat ein englischer Soziologe auf diesem Gebiet, Professor G. Eliot Smith in Manchester, auf einem alten Stein aus der präcolombianischen Zeit nachgewiesen, daß er unzweifelhaft die Abbildung eines Elephantenkopfes trage. Der Stein ist im übrigen von Geheimzeichen und Zeichnungen überfüllt und stammt aus Copan in Honduras. Das Elephantenbild ist nun nach allen Anzeichen zu urtheilen einheimischen Ursprunges. Nun sind aber in der gegenwärtigen geologischen Periode Elephanten in Amerika nicht vorgekommen. Wie hat also der Bildhauer in Honduras ein Thier abbilden können das er niemals gesehen hat? Die Antwort darauf lautet, daß er die Abbildungen von Elephanten zu Gesicht bekommen hat, die von Ostasiaten mit in die Neue Welt gebracht worden sind. Für diese seine Anschauung führt Professor Smith ins einzelne gehende Beweise an. Unzweifelhaft sind dem Bildhauer bei der Darstellung des Elephanten verschiedene Fehler unterlaufen; auch das deutet darauf hin, daß er nicht nach dem lebenden Modell, sondern nach einer Abbildung gearbeitet hat. Wahrscheinlich sollte das Elephantenbild, wie es auch in Ostasien oft der Fall ist, ein religiöses Symbol sein, welche Auffassung Professor Smith durch einige weitere vorgefundene präcolumbianische Elephantenbilder stützt.

Von den beiden anderen gefundenen Elephantenbildern stellt das eine den „Gott mit der langen Nase" dar, den Tlaloc der Mexikaner. Dieser elephantenköpfige Gott weist eine Menge Züge auf, die an Indra, den Indischen Regen- u. Donnergott erinnern. Aber auch Indra wird oft mit dem Elephanten in Verbindung gebracht. Die vornehmste Aufgabe beider Götter ist es, die große Schlange zu tödten, die die religiöse Vorstellung zwischen den Regenwolken und der durstigen Erde gelagert sieht. Professor Smith meint, daß solche und ähnliche Verknüpfungen keinen Zufall darstellen, daß hierin vielmehr der Beweis dafür liege, daß in Zentralamerika einstmals dem indischen Gotte Indra gehuldigt worden sei.

Briefkasten.

Zwei Wettende. Die japanische Kommission weilte im Herbst des Jahres 1909 in Cincinnati.

Lokal-Bericht

Die Johnston Untersuchung.

Mit der Untersuchung der Anklagen, die von verschiedenen Seiten gegen Pliny A. Johnston, den Prinzipal der Woodward Hochschule, erhoben worden sind, wird seitens des Disziplinar-Kommittees des Hochschulraths am Mittwoch begonnen werden. Gestern hielt das Kommittee nur eine kurze Sitzung ab, in welcher Beschlüsse zur Verlesung gelangten, die von Freunden Johnstons gelegentlich einer am Samstag Abend in der Woodward Hochschule stattgehabten Entrüstungsversammlung gefaßt worden waren.

Groom protestirt.

Stadtanwalt Groom hat gestern der Staats-Utilitätenbehörde in Columbus seinen schriftlichen Protest gegen die Abschätzung des Eigenthumwerthes der Straßenbahn-Gesellschaft übermittelt. Insgesammt macht der Stadtanwalt gegen Werthe Einwendungen, die sich auf $7,700,000 belaufen, darunter die Einschätzungen der alten Pferdebahnlinien und des Betriebsmaterials für diese Linien, das natürlich längst nicht mehr vorhanden ist. Außerdem ist seiner Ansicht nach die Abnutzung viel zu niedrig gerechnet worden.

Volksfest-Nachklänge.

Das von Frau Emilie Gruner gestiftete und von ihr auf dem Volksfest verloofte Kissen hat $10 eingebracht, welche an den Schatzmeister der Deutsch-Oesterr. Hilfs-Gesellschaft, Herrn Hülsemann, abgeliefert worden sind. Die glückliche Gewinnerin war Frl. Martin, Kemper Lane.